

## Regierungspräsidium Darmstadt

Anhörungsbehörde  
64278 Darmstadt

20. Mai 2012

Planfeststellung gemäß § 33 Hessisches Straßengesetz (HStrG) i. V. m. §§ 72 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz (HVwVfG);

### *Einwendung gegen die Planungen*

#### Zum Neubau

- der Ortsumgehung Freigericht und Hasselroth im Zuge der L 3339 vom geplanten Kreisverkehrsplatz zwischen Neuses und Somborn bis zum Anschluss an den geplanten fünfarmigen Kreisverkehrsplatz nordwestlich von Niedermittlau,
- der Südumgehung Altenmittlau im Zuge der L 3269 vom Anschluss an die geplante Ortsumgehung im Zuge der L 3339 östlich von Somborn bis zur Einschleifung in die bestehende L 3269 südöstlich von Altenmittlau,
- der Anschlussspange Neuses im Zuge der L 3444 und
- der Querspange Somborn/Nord, einschl.
- des Rückbaus der L 3444 zwischen Neuses und Horbach,
- der Schaffung eines Ausgleichs für verloren gehenden Retentionsraum (Gemarkung Niedermittlau, Flur 28, Flurstücke 22, 38/8, 42, 43, 44, 45, 46),
- der Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege und
- der weiteren notwendigen Folgemaßnahmen

Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren,

mit Nachdruck wende ich mich gegen den geplanten Neubau der Ortsumgehung Freigericht/Hasselroth (L3339 und L3269) und erhebe dagegen **Einwendungen**. Ich fühle mich durch das Vorhaben in meinen Rechten erheblich beeinträchtigt.

- Der Straßenbau führt zu erheblichen zusätzlichen Lärm- und Abgasbelastungen im Raum Freigericht. Er verändert das Kleinklima und die landwirtschaftliche Nutzung der betroffenen Flächen und zerschneidet die Gemeinde Freigericht mit ihren 5 Ortsteilen in 2 Teile.
- Der Weg zur Kopernikusschule wird für Schüler aus Bernbach und Altenmittlau dadurch ebenfalls erheblich erschwert.

- Durch den Bau dieser unnötigen, weil verkehrstechnisch nicht zielführenden Ortsumgehungen werden Steuergelder missbraucht, die an anderer Stelle sinnvoller einsetzbar wären. Als Steuerbürger fordere ich einen Einsatz von Geldern, der der Allgemeinheit nutzt und nicht Lasten umschichtet und neue Probleme schafft.
- Die Planung ist nun 30 Jahre alt und nicht mehr zeitgemäß. Sie basiert auf falschen Voraussetzungen und nicht mehr zutreffenden Plandaten. Der Begriff der Nachhaltigkeit kommt in der gesamten Planung nicht vor.
- Dieses Megaprojekt, dessen Planung vor 30 Jahren begonnen wurde, passt absolut nicht mehr in die heutige Zeit. Damals war eine völlig andere Situation als heute. Freigericht hatte steigende Bevölkerungszahlen, erwartet wurden mehr Verkehr und Lärmbelastung. Heute ist sicher davon auszugehen, dass für die Zukunft einen Rückgang der Bevölkerung (der schon begonnen hat) und leisere Fahrzeuge zu erwarten sind.
- Die Kosten für den Bau laufen aus dem Ruder. (Schätzung 2006: 12 Mio.\*\*, 2010: 16,7 Mio.\*). Es sollen nahezu 20 Millionen Euro Steuergelder verbaut werden, um Freigericht grob in 2 Teile zu zerschneiden. Wo ist der Sinn?
- Dadurch wird Verkehrslärm bestenfalls aus Ein- und Ausfallstraßen in die Randgebiete der Orte verlagert. Zusätzlicher Verkehr wird angezogen. (Das zeigt sich immer wieder bei Straßenbauten.) Auf einigen stark belasteten Straßen, z. B. in Neuenhaßlau, wird die Belastung eher noch zunehmen statt wie geplant geringer ausfallen.
- Ich nutze die Feld- und Radwege in den betroffenen Gebieten oft und gern für Spaziergänge und Radtouren (und fürchte, dass dies nach dem Bau der Umgehungsstraße nicht mehr so möglich sein wird. Dies schränkt mich in meinen Grundrechten unangemessen ein.
- Auch Bernbach, Horbach und Neuses werden entsprechend der Verkehrsplanungen bis zu 17%\* stärker belastet. Diese Ortsteile haben also überhaupt keinen positiven Effekt von der Umgehungsstraße. Der Innenbereich von Somborn wird zwar möglicherweise deutlich entlastet, zusammen mit dem Verkehr auf der Umgehungsstraße wächst die Gesamtbelastung aber wahrscheinlich um 45%\*.
- Die angestrebte Entlastung der Autobahnanschlussstelle Langenselbold wird ebenfalls nicht erzielt. Nach den aktuellen Planungen wird diese Anschlussstelle nur um 2,5%\* entlastet. Aber wie viele Lkw werden statt über eine gebührenpflichtige Autobahn zu fahren zukünftig quasi als Abkürzung quer durch das Freigericht donnern?
- Als Ausgleichsmaßnahme ist der Rückbau der heutigen Verbindung zwischen Horbach und Neuses zwingend vorgesehen\*. Dagegen gibt es bereits erheblichen Widerstand aus der Bevölkerung.
- Enorme Flächen werden der Landwirtschaft und der Naherholung entzogen (alleine rund 30,8 ha\* ohne jegliche Ausgleichsmaßnahmen).
- Da die geplante Trasse leicht erhöht errichtet wird empfinde ich die Teilungswirkung durch die Umgehungsstraße auch optisch für Freigericht als erheblichen Eingriff. Das ist für mich eine regelrechte „Mauer“ mitten durch die Gemeinde. Freigericht wird in zwei Teile zerschnitten, auch acht\* Fuß- und Radwege sind davon direkt betroffen.

- Die Straße führt für Berufspendler, die nach Frankfurt fahren, zuerst weg vom Ziel und endet an einem Bahnhof in Niedermittlau mit relativ schlechten Zug-Verbindungen – statt am stärker frequentierten und besser angefahrenen Bahnhof in Langenselbold - bzw. an einer Autobahnanschlussstelle, die in einen potentiell hochgradig staugefährdeten Autobahn-Abschnitt mündet.
- Von einer adäquaten und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittenen Planung kann 30 Jahre nach Planungsbeginn keine Rede mehr sein.
- Die Rahmenbedingungen werden sich, wenn in den folgenden Jahren irgendwann die Straße gebaut wird, voraussichtlich nochmals eklatant verändert haben. Es wird z. B. mehr Heim-Arbeitsplätze geben, aber auch mehr Elektrofahrzeuge.
- Die Bevölkerung altert und die älteren Mitbürger werden zunehmend auf öffentlichen Nahverkehr umsteigen (müssen). Die Kommunen sollten dem Rechnung tragen und besser den ÖPNV ausbauen, was zu einer weiteren Entlastung der Durchgangsstraßen führen wird.

\* Alle angegebenen Daten wurden abgeleitet aus dem Informationsmaterial der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung, die Mitte 2010 an die Gemeinden versendet wurden.

\*\* Entsprechend Rückantwort auf eine Anfrage beim Hessischem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

Es kann nicht sein, dass die gesamte Struktur, die Anmutung und die Umwelt von Freigericht einer Betonwüste geopfert werden, die letztlich ihren Zweck noch nicht einmal ansatzweise erfüllt. Wer wäre so töricht, heute noch ein Auto kaufen oder ein Haus bauen, das vor rund 40 Jahren geplant und seitdem nicht mehr an die aktuellen Entwicklungen der Zeit angepasst wurde? Insgesamt lehne ich den Bau der Ortsumgehung Freigericht/Hasselroth deshalb nachdrücklich ab.

Soweit mir bekannt ist, liegen zudem mittlerweile sehr vernünftige Ideen für eine alternative „kleinen Lösung“ vor, die aus meiner Sicht – wenn überhaupt etwas gebaut werden sollte - unbedingt geprüft werden sollten.

**Freundliche Grüße**

*Erika Reubwig*